

Politiker im Clinch mit Kantischülern

An der Kantonsschule Glattal finden derzeit die Staatsbürgerlichen Tage statt. Kantischüler diskutieren zusammen mit Politikern über aktuelle Themen.

Von Pascal Witzig Dübendorf. – Die staatsbürgerlichen Tage sollen den Kantonsschülern einen praktischen Einblick in das Walten und Schalten unseres Staates vermitteln. Für die einen mögen sie eine lästige Pflicht sein, für die Andern hingegen sind sie möglicherweise der Beginn eines engagierten Lebens als Staatsbürger. Den Auftakt zu den fünf staatsbürgerlichen Tagen an der Kantonsschule Glattal machte am Samstagmorgen das Podiumsgespräch mit vier Politikern aus der Region.

4 Politiker, 55 Maturanden

In einem ersten Teil debattierten Kantonsrat Jean-Philippe Pinto (CVP) sowie der SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti, die SP-Kantonsrätin Andrea Sprecher und die Ustermer Gemeinderätin Simone Michel (Grüne) über Asylpolitik und Jugendgewalt. Moderator war der TA-Redaktor Peter W. Frey. In einem zweiten Part teilten sich die vier Politiker auf und bildeten zusammen mit den 55 Maturanden kleine Diskussionsgruppen, in denen in keiner Weise etwas vom oft erwähnten Politikverdross unter den jungen Leuten zu verspüren war.

Ausländer und Klima beschäftigen

In den Gruppendiskussionen kristallisierten sich insbesondere zwei Themen heraus, die den Jugendlichen unter den Nägeln zu brennen schienen: der Klimawandel und die Ausländerproblematik. In einer der Gruppen war Jean-Philippe Pinto im Clinch. Was denn die CVP gegen den Klimawandel tue, was er als gebürtiger Inder von indischen Billigautos halte und wie die CVP der Bevölkerung in den Drittweltländern helfen könne – dies sind nur einige der vielen Fragen, denen sich Pinto stellen musste. Andrea Sprecher war in ihrer Gruppe ebenfalls in der Defensive: Ihre Sicht der Dinge widersprach oftmals jener der aus ausschliesslich männlichen Gymnasiasten bestehenden Gruppe – es ging um das Thema Ausländer und Ausländergewalt. «Ich bin gegen Minarette, denn weshalb sollen immer wir Zugeständnisse machen, während sich Zugewanderte nicht anpassen?», meinte einer der Gymnasiasten. Sprecher verwies zwar darauf, dass in der Schweiz Religionsfreiheit gelte, doch schien den Jungen der Schuh eigentlich ganz woanders zu drücken. Einer erzählte, dass er am Bahnhof schon öfter als «Scheisssschweizer» beschimpft und bedroht worden sei, und meinte, dass er andere Kulturen auch nicht zu tolerieren bereit sei, wenn sie seine nicht respektierten.

Dass Linke und Rechte andere Meinungen vertreten, ist hinlänglich bekannt. Zwar gaben sich deren Vertreter während des Podiumsgesprächs relativ handzahn, und doch verlief das Gespräch immer wieder so, dass keiner bereit waren, von seinen Ansichten abzurücken – was die Suche nach Kompromissen sicher erleichtert hätte. An sich war das schade, hätten die Politiker doch damit den Kantonsschülern zeigen können, dass Politik viel mehr ein Suchen nach gemeinsamen Lösungen ist statt dem, was die Gymnasiasten während des Wahlkampfjahres erlebt hatten. Weit gehend einig waren sich jedoch alle Politiker in einem Punkt der Asylpolitik. Nämlich dass Flüchtlinge und insbesondere Wirtschaftsflüchtlinge nicht freiwillig aus ihrer Heimat ausreisen. Man müsse die Bedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessern und nicht bloss Geld in jene Länder pumpen, bloss «um das eigene Gewissen zu beruhigen». Andere Kulturen werden nur toleriert, wenn sie unsere Kultur akzeptieren.